



## Leugnen, drohen und verwirren

von Manfred Nink

**V**erteidigungsminister Thomas de Maizière weiß seit Monaten, dass das Drohnenprojekt „Euro Hawk“ nicht zu retten ist. Er hat versucht diese Tatsache vor der deutschen Öffentlichkeit zu verschleiern. Die SPD fordert seinen Rücktritt.

Als der Vorgänger im Amt des Bundesverteidigungsministers Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) seinen Hut nehmen musste, ging dem eine wochenlange Suche nach der Wahrheit voraus. Scheibchen für Scheibchen kam die Wahrheit über seine abgeschriebene Doktorarbeit ans Licht. Das brachte seinem Vorgehen den Begriff „Salami-Taktik“ ein. Der amtierende Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) geht da anders vor. Nämlich mit folgender Methode: Erst leugnen, vom Scheitern gewusst zu haben. Dann den eigenen Mitarbeitern im Ministerium mit dem Rauschmiss drohen, weil man nicht informiert war. Und schließlich versuchen, die Öffentlichkeit zu verwirren, in dem immer wieder neue Termine genannt werden, wann der Minister Kenntnis vom Scheitern des Projekts hatte.

Mittlerweile ist schwer nachzuziehen, wann de Maizière was



**Gescheitertes Drohnen-Projekt „Euro Hawk“** Foto: Pressematerial Northrop Grumman

genau wirklich wusste.

Noch vor Kurzem hat der Verteidigungsminister vor dem Verteidigungsausschuss des Bundestages behauptet, er sei erst am 13. Mai 2013 über die Entscheidung informiert worden, dass das Ministerium aus dem Projekt aussteigen werde. Die Verantwortung hat er versucht auf Untergebene in seinem Haus abzuwälzen. Wie wir inzwischen aus Medienberichten wissen, hat de Maizière vor dem Ausschuss gelogen.

Bereits im Dezember 2012 wurde er über das Debakel beim Euro-Hawk informiert. Er hat diese Informationen sogar persönlich abgezeichnet. De Maizière war früh

über alle Probleme im Bilde und hat die deutsche Öffentlichkeit und den Bundestag bewusst getäuscht. Insgesamt wurde durch das Verteidigungsministerium mehr als eine halbe Milliarde Euro Steuergeld in den Sand gesetzt. Das ist keine Lappalie. De Maizière muss als Verteidigungsminister dafür die Verantwortung übernehmen und von seinem Amt zurücktreten.

Jetzt soll sich auf Antrag von Sozialdemokraten und Grünen ein Untersuchungsausschuss mit dem Fall befassen und Aufklärung bringen. Noch vor der Wahl im September soll damit klar sein, wie das Projekt „Euro-Hawk“ gescheitert ist.

# 2 | Die Bundespolitik

## Verhaltenskodex für Abgeordnete

Manfred Nink unterstützt Vorstoß für mehr Transparenz



Mit einer Initiative für einen neuen Verhaltenskodex wollen Bundestagsabgeordnete der Politik(er)- und Parteienverdrossenheit den Kampf ansagen

Foto: Deutscher Bundestag / Julia Nowak-Katz

Den meisten Bundestagsabgeordneten ist bewusst, dass durch Skandale, Intransparenz und übersteigerten Lobbyismus die Entfremdung der Bevölkerung gegenüber Politik und Parteien zunimmt. Mit einem Verhaltenskodex wollen einige Abgeordnete dieser Entwicklung entgegen treten und eine Chance bieten, wieder für mehr Vertrauen zu werben und Glaubwürdigkeit zurück zu gewinnen. Manfred Nink ist einer der Abgeordneten, die dieses Vorhaben im Parlament unterstützen.

Der Kodex ist kein parteipolitisches Projekt, sondern eine Initiative einzelner Abgeordneter, die langfristig angelegt ist. Ziel ist es,

die fraktionsübergreifende Diskussion über weitergehende Verhaltensregeln von Abgeordneten zu führen.

Die Unterzeichner und Unterstützer des Kodex verpflichten sich unter anderem, Nebeneinkünfte komplett offenzulegen und zu begrenzen. Zudem müssen private und mandatsbezogene Angelegenheiten (wie z. B. Reisen) sauber getrennt bleiben. Lobbytermine und Dienstreisen sollen transparent gemacht werden, damit jeder sehen kann, welche Einflüsse auf die Abgeordneten einwirken.

Außerdem verpflichten sich die Abgeordneten mit dem Kodex, nach Beendigung der Abgeordnetentätig-

keit für mindestens drei Jahre keiner Tätigkeit für Unternehmen, Verbände oder andere Organisationen nachzugehen, die zu einem erheblichen Teil aus Lobbyarbeit besteht. Wirtschaftliche Einzelinteressen sollen und dürfen nicht das politische Handeln bestimmen.

Es handelt sich beim Kodex um eine freiwillige Selbstverpflichtung, die weit über die bestehenden, völlig unzureichenden Regularien hinausgeht. Dies ist umso wichtiger, weil die schwarz-gelbe Regierungsmehrheit alle Anträge und Gesetzesvorstöße zu dem Thema ablehnt.

Der Verhaltenskodex soll die Abgeordneten auch dazu anregen, sich selbst immer wieder zu hinterfragen: Wie gehe ich mit meiner exponierten Sonderstellung um? Wie viel Einfluss habe ich noch? Und vertrete ich noch ausreichend die Interessen der Bürgerinnen und Bürger?

Vor Kurzem hat die Anzahl der Unterstützterinnen und Unterstützer dieser Regelungsvorschläge Fraktionsstärke erreicht. Das heißt mehr als fünf Prozent aller Bundestagsabgeordneten – nämlich bisher 33 Abgeordnete – setzen sich für den Verhaltenskodex ein. Da ist noch reichlich Überzeugungsarbeit zu leisten für mehr Transparenz und Offenheit bei den Abgeordneten und gegen Politik(er)-Verdrossenheit in der Bevölkerung.

Der Vorschlag für einen Verhaltenskodex für Abgeordnete des Deutschen Bundestages online als PDF-Download unter:

[www.marco-buelow.de/uploads/media/Verhaltenskodex\\_fuer\\_Abgeordnete.pdf](http://www.marco-buelow.de/uploads/media/Verhaltenskodex_fuer_Abgeordnete.pdf)

## Betriebsräte aus Rivenich in Berlin

Bei der SPD-Betriebsrätekonferenz diskutierten zwei Betriebsräte aus der Region mit



Helmut Falkenburg (links) und Michael Keipp (rechts) zusammen mit Manfred Nink vor dem Sitzungssaal der SPD-Bundestagsfraktion

Die SPD-Bundestagsfraktion hat am 5. Juni 2013 eine Betriebs- und Personalrätekonferenz in Berlin veranstaltet. Unter den mehr als 200 Betriebsräten aus der ganzen Bundesrepublik waren auf Einladung des Trierer SPD-Abgeordneten Manfred Nink auch zwei Betriebsräte aus der Region: Helmut Falkenburg und Michael Keipp vom Zweckverband Tierkörperbeseitigung (TBA) aus Rivenich. Sie diskutierten zusammen mit Frank-Walter Steinmeier und dem Vorsitzenden der IG Bau Klaus Wiesehügel über das Thema „Deutschland 2020 – Mehr Mut zum Gestalten“.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier schilderte das sozialdemokratische Leitbild für ein gerechtes und solidarisches Deutschland im Jahr 2020. Gute und gesunde Arbeit mit Mindestlöhnen und die Abschaffung sach-

grundloser Befristungen seien dabei Kernliegen der SPD.

Experten aus Gewerkschaften, von der Europäischen Akademie der Arbeit und aus der Praxis diskutierten über Chancen und Risiken der Digitalisierung der Arbeitswelt. Um Dauerstress vorzubeugen, seien z.B. Betriebsvereinbarungen darüber wichtig, wann Mitarbeiter per Mail oder Telefon erreichbar sein müssen.

Der Beschäftigtendatenschutz müsse gründlich ausgebaut und überarbeitet werden, damit die moderne Technik ihn nicht überrollt. Für die SPD sei klar, dass Deutschland ein eigenständiges Beschäftigtendatenschutzgesetz braucht. Darin müsse geregelt sein, welche Art von Überwachung am Arbeitsplatz verboten ist und welche Fragen im Bewerbungsgespräch nicht gestellt werden dürfen.

Einig waren sich alle Beteiligten,

dass beim Kampf für Gute Arbeit gesetzliche und tarifliche Bausteine kombiniert werden müssen. So sagte Manfred Nink: „Die Arbeitswelt muss wieder menschlicher werden. Arbeitskraft ist nicht nur ein Produktionsfaktor. Es geht um Menschen mit ihren Bedürfnissen. Die Politik muss den gesetzlichen Rahmen schaffen. Gewerkschaften und Betriebsräte sind gefragt, wenn es darum geht, durch Tarifverträge oder Betriebsvereinbarungen für gute Arbeitsplätze zu sorgen. Hierfür wollen wir diesen Sommer gemeinsam streiten.“

Helmut Falkenburg und Michael Keipp dankten Manfred Nink für die Möglichkeit, mit SPD-Spitzenpolitikern in Berlin zu diskutieren. „Für uns ist es ein wichtiges Signal, dass die SPD mit uns Betriebsräten im Dialog ist und unsere Probleme ernst nimmt“, sagten Falkenburg und Keipp nach der Veranstaltung.

# 4 | Aus Partei und Fraktion

## In Zukunft: Ehrenfrühstücksgäste



Manfred Nink (rechts im Bild) und Klaus Hagemann (Mitte) haben vom Sprecher der rheinland-pfälzischen SPD-Abgeordneten Gustav Herzog (links) die Ehrenmitgliedschaft in der Freitags-Frühstücksrunde der Landesgruppe erhalten. Klaus Hagemann und Manfred Nink werden dem nächsten Bundestag nicht mehr angehören, weil sie nicht mehr kandidieren. Der Landesgruppe aber bleiben sie – nicht nur als Ehrenfrühstücksgäste – selbstverständlich kollegial verbunden.

## Für einen Politikwechsel

*Liebe Freundinnen und Freunde!*

Unter dem Titel „Für einen Politikwechsel mit einer starken Demokratie“ hat die „Aktion für mehr Demokratie“ einen Aufruf für die Bundestagswahl 2013 verfasst. Ich habe diesen Aufruf unterschrieben und möchte Euch darum bitten, es mir gleich zu tun.

Hinter der „Aktion für mehr Demokratie“ stehen maßgeblich der Präsident der Akademie der Künste Klaus Staack sowie der Politologe und ehemalige Präsident des deutschen PEN-Clubs Johano Strasser.

Der Aufruf skizziert in klaren und verständlichen Worten Ungerechtigkeiten in der deutschen Gesellschaft und in Europa. Ganz besonders geht es den Autoren des Aufrufs darum, dass sich die Gegensätze zwischen Arm und Reich nicht weiter verschärfen, Kinder keine Hürde mehr für den beruflichen Erfolg

sind, die Energiewende kosequent umgesetzt wird, Vermögende durch höhere Steuern mehr zum sozialen Frieden beitragen und Bildung sowie Kultur gefördert werden. Für Europa fordert der Aufruf mehr Solidarität, weniger chauvinistisches Denken und ein stärkeres Europäisches Parlament. Wörtlich heißt es weiter: „Wir treten ein für eine Politik des friedlichen Miteinander, des Respekts vor anderen Kulturen und Lebensstilen.“

Das kann ich als Sozialdemokrat unterschreiben. Zu den ersten Unterstützern gehören neben Politikern auch zahlreiche Kulturschaffenden und Wissenschaftler. Ich würde mich freuen, wenn Ihr Euch unter [www.aktion-mehr-demokratie.de](http://www.aktion-mehr-demokratie.de) ebenfalls anschließt.

*Herzlichst, Euer*

## Einige Termine seit dem letzten Sprechbrief

### 25. Mai bis 2. Juni 2013

Besuch des Tages der offenen Tür der Bundespolizei und einer Veranstaltung des Fördervereins Seniorenhilfe Schweich; Teilnahme am Runden Tisch Infrastruktur von IHK und HWK; Schulbesuch AVG Trier

### 3. bis 9. Juni 2013

Sitzungswoche des Bundestages; Empfang von Schülergruppen des Gymnasiums Hermeskeil und der Kurfürst Balduin Realschule Trier; Verabschiedung aus der SPD-Landesgruppe Rheinland-Pfalz; Parlamentarisches Frühstück mit Bahnvorstand Huber zum DB-Fernverkehr; Parlamentarischer Abend der rheinland-pfälzischen Wirtschaft; Wahl der Mehringer Weinkönigin

### 10. bis 16. Juni 2013

Sitzungswoche des Bundestages; Wanderung der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion; Empfang einer Besuchergruppe aus Föhren; Besuch des rheinland-pfälzischen Sommerfestes in Berlin; Gedenkfeier zum 17. Juni

### 17. bis 22. Juni 2013

Delegationsreise des Petitionsausschusses in die Mongolei und nach Südkorea; Schirmherr beim Sommerfest des Musikvereins Kenn

## Manfred Nink MdB

### Büro Berlin:

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030/22773317

Fax: 030/22776317

E-Mail: [manfred.nink@bundestag.de](mailto:manfred.nink@bundestag.de)

### Büro Trier:

Christophstraße 1  
54290 Trier

Telefon: 0651/9759940

Fax: 0651/44748

E-Mail: [manfred.nink@wk.bundestag.de](mailto:manfred.nink@wk.bundestag.de)

[www.manfred-nink.de](http://www.manfred-nink.de)